

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895**

7.1.1895 (No. 7)

# Karlsruher Zeitung.

Montag, 7. Januar.

Nr. 7.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 66 Pf.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

## Die armenische Untersuchungs-Kommission.

(Konstantinopel, 31. Dezember.)

Ueber die Gründe, welche die Pforte veranlaßt haben, eine theilweise Neubildung der mit der Untersuchung der Ereignisse im Vilajet Bitlis beauftragten Kommission vorzunehmen, verlauten in hiesigen diplomatischen Kreisen verschiedene Versionen. Allem Anscheine nach erfolgte die Zurückberufung des bisherigen Präsidenten der Kommission, Abdullah Pascha, und noch eines zweiten Mitgliedes derselben aus folgenden Gründen: Türkischerseits glaubte man infolge des Beitritts fremder Delegirter zu der Kommission derselben Elemente zuführen zu müssen, die umfassende juristische Kenntnisse besaßen und außerdem im Verkehre mit Fremden genügende Routine haben. Beide Bedingungen treffen nun bei den neu ernannten zwei Mitgliedern, die hohe Funktionäre des Justizministeriums sind und von denen einer schon einmal in einer Mission in St. Petersburg weilte, zu. Ein nicht minder gewichtiger Grund zur Ernennung des neuen Präsidenten und eines neuen Mitgliedes der Kommission scheint der Wunsch gewesen zu sein, denselben nebst den im Einverständnisse mit den drei beteiligten Mächten England, Rußland und Frankreich erneuerten Instruktionen, auch noch weitere, mündliche Direktiven und Verhaltensmaßregeln auf den Weg mitgeben zu können. Die Instruktionen, die von der englischen, russischen und französischen Botschaft für ihre Delegirten gemeinsam ausgearbeitet wurden, sind offiziell der Pforte mitgeteilt worden, was auf die türkischen Regierungskreise einen gewissen Eindruck machte und als ein Zeichen betrachtet wurde, daß die drei Mächte auf der strikten Durchführung der vereinbarten Untersuchung bestehen.

Was die Reformen anbelangt, welche die Pforte, englischen und französischen Zeitungsberichten zufolge, in den von Armeniern bewohnten Provinzen durchzuführen beabsichtigt, so sind diese Nachrichten verfrüht, oder man kann auch sagen verpätet. Als von englischer Seite die Frage einer Untersuchung der Ereignisse im Vilajet Bitlis auf's Tapet gebracht wurde, trug man sich türkischerseits mit der Absicht, der fremden Einmischung durch die Aufstellung eines Kriegsgerichtes im Vilajet Bitlis und einer schnellen Bestrafung der Schuldigen und ferner durch eine feierliche Kundgebung, mit welcher den betreffenden Provinzen einige Verwaltungsreformen versprochen werden sollten, zuvorzukommen. Als dann die Theilnahme auswärtiger Delegirter an der Untersuchung nicht mehr zu verhindern war, wurden diese Projekte zwar nicht gänzlich aufgegeben, aber zur weiteren Erwägung zurückgestellt. Es ist nun möglich, daß die Pforte diese ihre Absicht über kurz oder lang zur Verwirklichung bringt.

## Deutschland.

Karlsruhe, 7. Jan. Der Engere Ausschuß und die Reichstags- und Landtagsabgeordneten der badischen nationalliberalen Partei waren gestern Vormittag zu einer gemeinsamen Beratung der schwebenden Reichstags- und Landtagsangelegenheiten versammelt. Die Verhandlungen, welche einen vertraulichen Charakter trugen, wurden von dem Vorsitzenden des Engeren Ausschusses, Herrn Karl Eckhard-Mannheim, geleitet. Da sie die vorbereitende Grundlage einer für den Monat Februar einzuberufenden Delegirtenversammlung der nationalliberalen Partei bilden, so wurde von der Fassung von Resolutionsentwürfen Abstand genommen. Die Ergebnisse der gestrigen Verhandlungen werden zunächst von einem eigens gewählten Komitee zur entsprechenden Formulierung für die Landesversammlung bearbeitet. Ein offizieller Bericht über den Verlauf der gestrigen Versammlung wird in den nächsten Tagen der Presse übermittelt werden.

Berlin, 6. Jan. Der Rückkehr des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Thielen, von der Besichtigung der durch die letzten Stürme der Nordsee namentlich auf Helgoland angerichteten Schäden wird für morgen entgegensehen. Die hier vorliegenden Nachrichten ergeben, daß leider auch andere Nordseeinseln, wie Norderney, Amrum, Vorkum u. s. w., ebenso wie einzelne Küstenorte zum Theil recht erhebliche Beschädigungen erlitten haben. Nach der Rückkehr des Ministers der öffentlichen Arbeiten wird die königliche Staatsregierung sich wohl schlüssig machen, ob zur Beseitigung der durch die Sturmfluth hervorgerufenen Nothlage an den genannten Plätzen außerordentliche Staatsmittel in Anspruch zu nehmen sein werden.

Berlin, 5. Jan. Der am Neujahrstage durch Verlesung des Schwärmerordens ausgezeichnete General der Kavallerie und Generaladjutant Graf v. Waldsee wird am diesjährigen Feste des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, für welches der 18. Januar in Aussicht genommen ist, mit einer Zahl anderer

Ritter die Investitur erhalten. Es sind dies: der Erbprinz Alfred von Koburg und Gotha, Fürst Anton Radziwill, der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff und der General der Kavallerie Graf v. Wartensleben. Ob zu diesem Feste auch der Botschafter v. Werder aus Petersburg nach Berlin kommt, der den Schwarzen Adlerorden am 27. Januar 1894 erhielt, ist bis jetzt unbestimmt. Außer den Generalen ist der Schwarze Adlerorden im vorigen Jahre noch verliehen dem Erzherzog Karl Stefan von Oesterreich, dem Prinzen Adalbert von Preußen und Seiner Majestät dem König von Serbien.

Darmstadt, 5. Jan. Der bisherige Legationssekretär an der hiesigen preussischen Gesandtschaft, Herr Hans Adolf v. Bülow, ist in gleicher Stellung an die königlich preussische Gesandtschaft nach Bern versetzt worden und tritt bereits im Laufe dieses Monats seinen neuen Posten an. Sein Nachfolger wird der bisher in Belgrad thätige Herr Dr. v. Dumbrecht sein.

Mainz, 7. Jan. Am 10. d. M. findet hier die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Die Frage des unlauteeren Wettbewerbs (Referent Herr Rechtsanwalt Häuser — Höchst a. M.) und Entwurf eines preussischen Wassergesetzes (Referent Herr Handelskammerassistent P. Weesmann — Mainz).

München, 6. Jan. Herr v. Lebedow versicherte einem Mitarbeiter der „Mg. Ztg.“ er würde zurücktreten, falls die Erweiterung der Disziplinargewalt des Reichstags unterbliebe. Er wird demnach die Geschäftsordnungskommission zu einer Beratung über diese Angelegenheit einberufen.

## Schwyz.

Bern, 4. Jan. Obgleich das Jahr 1894 viele wichtige Fragen nicht zur Lösung gebracht hat, sind doch, wie der „Mg. Ztg.“ in einem Rückblick geschrieben wird, mehrere für die fernere politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes wichtige Entschlüsse gefallen. Die sozialistische Forderung des Rechts auf Arbeit wurde mit über 800 000 gegen rund 70 000 Stimmen abgewiesen und ebenso, mit 347 000 gegen 145 000 Stimmen der von rechts kommende föderalistische Antrag, den das Kantonsparlament mittelst der wohlberathenen, sehr verlockenden Initiative gegen die Kraft und die Einheit des Bundes gewagt hatte. Die Initiative hat sich in einem dritten Fall insoweit bewährt, als es sich zeigte, daß sie das Korrektiv gegen mißbräuchliche Annahmen in sich selbst einschließt: das Begehren um Einführung der unentgeltlichen Krankenpflege, das dem auf breiter und fester Grundlage aufzubauenden Versicherungswert den Weg weisend sollte, fand so geringe Unterstützung, daß es zurückgezogen werden mußte. Eine vierte Volksabstimmung fand statt über den Antrag, einen Artikel, betreffend eine einheitliche Regelung des Gewerbesewesens, in die Verfassung aufzunehmen. Wenn sich auch hier die Mehrheit des Volkes ablehnend verhielt, so lag der Grund einfach darin, daß, wie die Verhandlungen des Parlaments gezeigt hatten, die Meinungen in dieser Frage noch nicht genügend abgeklärt sind. Bemerkenswert unter den Ereignissen auf eidgenössischem Gebiet ist noch der engere Zusammenschluß der freisinnigen und demokratischen Gruppen einerseits und der Grundrinder der „Katholischen Volkspartei“ andererseits. Aus den Kantonen sind keine wichtigen Ereignisse zu verzeichnen. Das lärmvolle Bestreben der Genfer, den Bundesrat zu einer beschleunigten, für ihre Interessen günstigen Lösung der Zonenfrage zu zwingen, reicht schon in's Gebiet der auswärtigen Politik; wirkt doch das Organ der Waadländer Regierung dem Staatsrat von Genf vor, er habe sogar hinter dem Rücken des Bundesrats in der Angelegenheit mit dem diplomatischen Vertreter Frankreichs in der Schweiz Unterhandlungen gepflogen. Die Bundesregierung hat sich in letzter Zeit mehrmals mit dieser verwickelten Zonenfrage beschäftigt, wird aber ihre neuen Anträge erst im März den eidgenössischen Räten vorlegen. Im übrigen hat sich die zollpolitische Lage zwischen der Schweiz und Frankreich trotz allen Bemühungen der französischen Versöhnungsliga und allen internationalen Bestrebungen im verflochtenen Jahre nicht verändert und die Schweiz lebt sich mehr und mehr in die neuen Verhältnisse hinein.

## Rußland.

PC. St. Petersburg, 4. Jan. Hier eingelaufene telegraphische Mittheilungen bestätigen, daß der Sultan die Absicht hegt, in den armenischen Gebietstheilen in Kleinasien eine ähnliche Verwaltungsorganisation einzuführen, wie sie gegenwärtig im Libanon besteht. Dem entsprechend sollen in Zukunft die vier Vilajets, in welche gegenwärtig das armenische Gebiet zerfällt, in ein einziges Vilajet vereinigt werden, dessen Generalgouverneur auf sechs Jahre ernannt werden wird. Nur der erste Generalgouverneur wird Mohammedaner sein, während seine Nachfolger der armenischen Bevölkerung entnommen werden sollen. Der Provinz soll eine weitgehende Autonomie gewährt werden und sämtliche Richterstellen, mit Ausnahme des Präsidenten, sollen aus Wahlen hervorgehen, und endlich ein Gendarmecorps unter dem Kommando eines Divisionsgenerals aus einheimischen Elementen gebildet werden. Dieser Reformplan findet in der russischen Presse allseitige Billigung und erklären alle hervorragenden Organe derselben, daß die Ausführung desselben alle Mächte befriedigen werde und die armenische Frage zu einer Lösung gebracht werden würde, die mit dem allgemeinen Friedensbedürfnisse übereinstimme.

St. Petersburg, 2. Dez. Die Fragen, welche dem in diesem Monate zusammentretenden Landwirtschaftlichen Rath vorgelegt werden sollen, lauten: Statutenprojekt der landwirtschaftlichen Gouvernements- und Kreislogen. — Projekt von Normalstatuten der lokalen landwirtschaftlichen Vereine. — Entwurf eines Normalstatuts für landwirtschaftliche gegenseitige Hilfsvereine. — Maßnahmen von Seiten des Ministeriums für Ackerbau und der Reichsdomänen, eine zweckentsprechende Mitwirkung der Semstwo zu sichern. — Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Bildung, unabhängig jedoch von der Erhöhung der jetzt bestehenden Zahl von Fachschulen höheren, mittleren und niederen Ranges. — Dinzuzählung der Repräsentanten der örtlichen landwirtschaftlichen Vereine zum Etatbeirath des Kuratoriums der landwirtschaftlichen Schulen des Ministeriums für Ackerbau und Reichsdomänen. — Maßnahmen zur Verbreitung besserer Viehrassen und eines guten Zuchtmaterials. — Maßnahmen zur Verbreitung von vervollkommeneten landwirtschaftlichen Geräten in Bauernwirtschaften. — Verbreitung spezieller Kulturen in unseren Wirtschaften. — Theilnahme des Ministeriums für Ackerbau und der Reichsdomänen bei der Anlage von Versuch- und Musterfeldern in Privatwirtschaften. — Wünschenswerthe Veränderungen im Forstgesetz. — Vorschriften gegen den Flugand. — Organisation einer Saatversicherung gegen Hagelschlag.

## Rumänien.

Bukarest, 2. Jan. Gestern traten Kammer und Senat ihre Weihnachtsferien an, welche sich bis zum 11. Januar a. St. (23. Januar n. St.) erstrecken werden. Außer der Abrezebatte konnten in der bereits fünf Wochen währenden Parlamentsession nur einige kleine Gesetzentwürfe erledigt werden, und hat es der persönlichen Intervention des Domänenministers Carp bedurft, um den Bergwerkesgesetzentwurf wenigstens in den Sektionen des Senats zur Beratung zu bringen. Die oppositionellen Gruppen haben aber die in der Vorbereitung des Bergwerkesgesetzes eingetretene Verzögerung bemerkt, um aus letzterem eine Waffe gegen die Regierung zu schmieden. Und zwar hat die Absicht einer Trennung des Bergbaurechtes vom Grundbesitzrechte und die Möglichkeit des Bergbaubetriebs durch Ausländer genügt, um die zu einer Art Liga gegen das Bergwerkesgesetz verbündeten Gruppen der Opposition zu einem Appell an die Bevölkerung zu veranlassen, in welchem der betreffende Entwurf kurzweg als ein anarchisches Attentat auf Eigenthum und soziale Ordnung bezeichnet wird. In einem vorgestern abgehaltenen Meeting der erwähnten oppositionellen Liga wurde von verschiedenen Rednern ohne Umschweife erklärt, daß das neue Gesetz nur zu Gunsten der Fremden erlassen werden soll, daß die Junimisten eine Sekte von Uebelthätern und Landverberbern ohne jegliches Nationalgefühl seien und daß die Kolonisation Rumäniens und die Erdrückung der Rumänen durch die Fremden die unmittelbaren Folgen des Bergwerkesgesetzes sein würden. Nachdem die durch oppositionelle Wählerkreise hervorgerufenen Maximunkavalle, die Bauernrevolten und die Strafenerzesse in der Siebenbürger Frage den angestrebten Zweck einer Erschütterung der Stellung der Regierung nicht erreicht haben, soll nun die Waffe gegen das Bergwerkesgesetz aufgewiegelt werden. Die vereinigten Nationalliberalen, konservativen Dissidenten (Paucescu) und Liberal-Konservativen (Verescu) rechnen darauf, daß auch ein Theil der regierungsfreundlichen Großgrundbesitzer gegen das Bergwerkesgesetz stimmen werde und daß durch den bei Ablehnung des letzteren unvermeidlichen Rücktritt des Domänenministers Carp aus dem Kabinete das gesammte junimistisch-konservative Reformministerium in's Wanken kommen werde.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 7. Januar.

\* (Postverkehr mit Serbien.) Die Tare für Postpakete bis fünf Kilogramm nach Serbien ist von jetzt ab von 1 M. 40 Pf. auf 1 M. 20 Pf. für jedes Paket herabgesetzt, ohne daß in den sonstigen Verwendungsbedingungen Änderungen eintreten.

\* (Der Leib-Grenadiereverein) wird in Verbindung mit dem, wie bereits gemeldet, am 4. August stattfindenden Kriegertag einen Grenadiertag abhalten und gleichzeitig an der neuen Fahne des Vereins die Weihe vollziehen.

\* (Falsches Geld.) In einer Wirtschaft der Blumenstraße wurde gestern ein falsches Fünfzigpfennigstück mit der Jahreszahl 1875 angehalten. Das Falsifikat war unschwer erkennlich.

\* (Das „Neujahranschießen“) hat auch hier ein Opfer gefordert. Die Schuhmacherswitze Wolf, in der Scheffelstraße wohnhaft, welche am Silvesterabend von ihrem Sohn aus Unvorsichtigkeit einen Schuß in den Unterleib erhielt, ist am Samstag Abend an der erlittenen Wunde gestorben.

\* (Vom Bodensee, 5. Jan.) Die Gesundheitsverhältnisse des verflochtenen Vierteljahres dürfen im Kreise

